

Flüchtlinge als Druckmittel türkischer Sicherheitspolitik

Autor(en): **Goertz, Stefan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **188 (2022)**

Heft 3

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-981374>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DIŞ HATLAR GİDEN YOLCU INTERNATIONAL



Flüchtlinge als Druckmittel türkischer Sicherheitspolitik

Schon seit Jahren setzt die Türkei immer wieder Flüchtlinge als Druckmittel gegenüber der EU ein. Und gleichzeitig brüskiert das NATO-Mitglied Allianzpartner mit seiner Sicherheitspolitik.

Stefan Goertz

Die Türkei spielt seit Jahren aussen- und sicherheitspolitisch in Bezug auf ihre Flüchtlingspolitik eine wichtige Rolle mit grossen Auswirkungen auf die EU. Dies verdeutlicht die aktuelle Flüchtlingslage Belarus-Polen, bei der die Türkei eine Rolle spielt, die einige Zeit politisch und medial wenig kommentiert wurde.

Istanbul als Drehscheibe

Alleine im Oktober 2021 kamen mehr als 5000 Flüchtlinge, vor allem aus dem Nahen Osten, über Belarus bis nach Deutschland. Recherchen von Report München zeigten:

Die Route ist gut organisiert und führt über die Türkei. Direktverbindungen aus dem Irak nach Belarus gibt es keine mehr, auf Druck der EU hat die irakische Regierung sie eingestellt. Seither lief der Weg über das Nachbarland Türkei. So galt der Flughafen in Istanbul bis Anfang November 2021 als das wichtigste internationale Drehkreuz für die Migration aus dem Irak, über die Türkei nach Belarus und in die EU. Von Istanbul aus starteten teilweise vier Direktflüge täglich nach Minsk.

Die EU stellte in den Raum, dass der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan die Flüchtlinge als «politisches Druckmittel instrumentalisieren». Wenn Erdogan versuche, «die EU nun mittels zahlreicher Migranten-Flüge nach Belarus zu erpressen», brauche es dafür eine unmissverständliche Antwort», so die Ansage des Fraktionschefs der Europäischen Volkspartei (EVP), Manfred Weber Mitte November 2021.

Bekannte Strategie

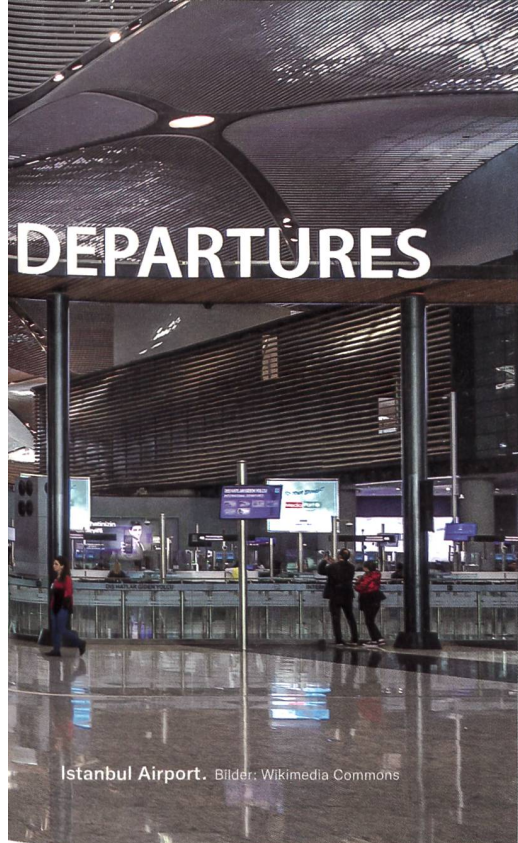
Geschichte wiederholt sich: Das Misstrauen der EU gegenüber der türkischen Regierung rührt daher, dass die Türkei bereits im März 2020 die gleiche aussenpolitische Strategie

verfolgt hat. Nachdem der türkische Präsident verkündet hatte, dass er die «Tore öffnen werde», machten sich tausende Flüchtlinge auf den Weg zur Grenze nach Griechenland. Es kam zu Ausschreitungen mit der griechischen Grenzpolizei, die Tränengas und Wasserwerfer einsetzte.

Der türkische Präsident hatte versucht, den Druck auf Brüssel zu erhöhen, um die EU-Staaten zur Zahlung versprochener, aber angeblich ausgebliebener Gelder aus dem sogenannten Flüchtlingsdeal mit der Türkei zu bewegen. Die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten hatten zuletzt Interesse daran gezeigt, das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei neu aufzulegen, Zahlungen in Höhe von 3,5 Milliarden Euro bis 2024 könnten dann in die Türkei fließen.

Hoffen auf Abkommen

Nach Angaben des Redaktionsnetzwerkes Deutschland übte die EU bis Mitte November so viel Druck auf die Türkei aus, dass Menschen mit syrischen, irakischen und jemenitischen Pässen bis auf weiteres keine Flugtickets mehr kaufen und nicht mehr nach Belarus fliegen dürfen. Nach Angaben eines EU-Beamten sollen auch keine One-



Istanbul Airport. Bilder: Wikimedia Commons

Way-Tickets mehr für Flüge aus der Türkei nach Minsk verkauft werden. Die jetzt getroffenen Massnahmen seien von den türkischen Behörden mit einem Team von EU-Ratspräsident Charles Michel vereinbart worden, erklärte die EU.

Mitte Oktober 2021, hatte sich die damalige deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem Treffen mit dem türkischen Präsidenten Erdogan für eine Fortführung des Flüchtlingsabkommens zwischen der EU und der Türkei ausgesprochen. Es sei wichtig, dass die EU die Türkei weiterhin «bei der Bekämpfung der illegalen Mi-

gration» unterstütze. Merkel betonte, dass die Unterstützung der Türkei in der Flüchtlingsfrage «über das bereits Beschlossene hinaus» gewährleistet sein müsse.

Erdogan wiederum sagte, die Türkei sei «Gastgeber» für Flüchtlinge, «und das wird auch so bleiben». «Die Türkei leistet Aussergewöhnliches im Blick auf syrische Flüchtlinge», sagte Merkel, die mehrfach das Bemühen um gute Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei betonte.

Krise wegen angedrohter Botschafter-Ausweisung

Am 23. Oktober 2021 sprachen Politiker der deutschen Parteien CDU, FDP sowie der Grünen von einer «ausserpolitischen Eskalation durch die Türkei» und bewerteten die türkische Aussenpolitik in Bezug auf das Ausweisen von zehn Botschaftern – darunter die Botschafter Deutschlands, der USA und vieler anderer NATO-Partner – als «komplett indiskutabel», als Schwächung des Bündnisses und als «unglaubliche ausserpolitische Eskalation». Der türkische Präsident Erdogan führe «sein Land damit weiter in die umfassende Abwendung von Europa und dem Westen».

Als Hintergrund: Die zehn Botschafter von EU- und NATO-Staaten hatten die Freilassung des Aktivistin und Kulturförderers Osman Kavala gefordert. Kavala und mehr als 50 weiteren Angeklagten wird in einem Prozess ein Umsturzversuch im Zusammenhang mit den regierungskritischen Gezi-Protesten in Istanbul 2013 vorgeworfen. Kavala wird zudem der «politischen und mi-

litärischen Spionage» im Zusammenhang mit dem Putschversuch von 2016 beschuldigt.

Triumph in Ankara

Zwei Tage später nahm der türkische Präsident Abstand von dieser angedrohten Ausweisung der Botschafter. Diese hätten «einen Rückzieher gemacht» und «werden in Zukunft vorsichtiger sein», sagte Erdogan. Die Botschaften der USA, Kanadas, Neuseelands und der Niederlande in Ankara hatten auf Twitter eine Erklärung veröffentlicht, sich weiter an Artikel 41 des Wiener Übereinkommens zu halten.

Der Artikel weist Diplomaten unter anderem an, sich nicht in innere Angelegenheiten des Empfangsstaats einzumischen. Die türkische staatliche Nachrichtenagentur Anadolu feierte die internationale Zurückhaltung als Erfolg: «Die US-Botschaft in Ankara hat nachgegeben», schrieb sie als Reaktion auf die Erklärung der Botschafter, sich nicht in innersyrische Angelegenheiten einzumischen.

Ein Sprecher des EU-Aussenbeauftragten Josep Borrell hatte nach Erdogans Ankündigung, zehn Botschafter zu unerwünschten Personen zu erklären, festgestellt, man verfolge die Entwicklungen sehr genau und stuft die Situation als sehr ernst ein. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte, bis Ergebnisse der Kontakte zwischen der Türkei und den jeweiligen Ländern bekannt würden, sei es zu früh, darüber zu sprechen.

Empörung bei NATO-Staaten

Die Aussen- und Sicherheitspolitik der Türkei sorgt bei zahlreichen Politikern von EU- und NATO-Mitgliedsstaaten immer wieder für «Erstaunen» beziehungsweise «Empörung». Da die türkische Regierung als realpolitischer Kenner der EU bewertet werden kann, ist davon auszugehen, dass solche Formen von Aussen- und Sicherheitspolitik auch mittelfristig immer wieder von der Türkei angewendet werden. ■



▲ Der türkische Präsident Recep Erdogan.



► Der EU-Aussenbeauftragte Josep Borrell.



Oberstlt d.R. Stefan Goertz
 Prof. Dr.
 Prof. für Sicherheitspolitik Bundespolizei
 Hochschule des Bundes
 D-23562 Lübeck